



NEIN zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer!



Medienkonferenz, 12. Juli 2021

Wieso ergreift die SVP das Referendum zum Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge?

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin und Präsidentin SVP Emmental, Heimiswil

Aller guten Dinge sind drei. Besagt eine Redensart. Bei einer Volksabstimmung dürfte allerdings davon ausgegangen werden, dass einmal reicht und der Volkswille respektiert wird.

Die Berner Stimmbevölkerung hat im Jahr 2011 und mit der Wiederholung 2012 bereits zweimal eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern im Kanton Bern abgelehnt. Dies hielt das Berner Parlament hingegen nicht davon ab, in der Junisession 2021 der Gesetzesrevision, die höhere Motorfahrzeugsteuern vorsieht, zuzustimmen. Ein Affront gegenüber dem Stimmvolk, und eine krasse Missachtung der Demokratie!

Die 40 Mio. Franken, die Autofahrerinnen und Autofahrer damit zusätzlich in die Staatskasse einzahlen, sollen mittels einer Senkung der Steuern bei den natürlichen Personen umverteilt werden. Tiefer ins Portemonnaie greifen müssen diejenigen, die schwerere und stärkere Autos fahren. In der Ratsdebatte im Rahmen der Junisession wurde von linken Kreisen mehrfach das Bild gezeichnet des Fahrers eines grossen und teuren «Bonzenschlittens», der für sein PS-starkes Fahrzeug bestraft werden und höhere Steuern zahlen soll. Im Gesetz wird allerdings nicht berücksichtigt, dass es sehr viele Personen gibt, die auf ein entsprechendes Fahrzeug angewiesen sind: beispielsweise die Landbevölkerung, die oftmals ein stärkeres, schnee- und geländetaugliches Allradfahrzeug braucht, Handwerker, die ein grosses Gefährt benötigen, um Werkzeug und Maschinen zu transportieren, Landwirte, die mit einem gut motorisierten Auto Anhänger ziehen müssen. Die Realität hat wenig zu tun mit dem gezeichneten Bild der Luxuskutsche. Die Umverteilung erfolgt auf dem Buckel derjenigen, die auf ein stärkeres Auto angewiesen sind, auf dem Buckel all jener Menschen, die sich nicht einfach ein anderes Fahrzeug zulegen können.

Das revidierte Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge sieht vor, Strassenfahrzeuge neu nach Gewicht und CO₂-Ausstoss zu besteuern. Elektrofahrzeuge werden so entlastet. Nicht jede Person kann sich aber ein neues Auto kaufen, um der höheren Besteuerung entgehen. Dies wäre mit Blick auf die Gesamtökobilanz auch nicht erstrebenswert. Auch E-Mobilität ist nicht über alle ökologischen Zweifel erhaben und den Strom müssen wir erst mal noch produzieren können!

Wer ein grösseres und stärkeres Auto braucht, würde künftig bis zu 300.- jährlich mehr Motorfahrzeugsteuern zahlen. Die Höhe der Rückerstattung in Form einer Einkommenssteuererleichterung beträgt hingegen gerade mal ungefähr 6.- bis 7.- pro Person, für tiefere Einkommen noch weniger. Das Werben mit der Senkung der Einkommenssteuern ist also reine Augenwischerei. Mit einer erneuten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern verschenkt jedoch der Kanton Bern, dessen Fahrzeugsteuern aktuell leicht unter dem schweizerischen Mittel liegen, seinen einzigen Standortvorteil.

Erst vor rund einem Monat, am 13. Juni, hat die Stimmbevölkerung mit ihrem Nein zum CO₂-Gesetz erneut bestätigt, dass sie keine Umverteilungen und Lenkungsabgaben will, weil dies auch und gerade dem Gewerbe und der Wirtschaft schadet. Die SVP ruft dazu auf, den

mehrfach zum Ausdruck gebrachten Volkswillen nun endlich zu respektieren und das Nein ein weiteres Mal zu bekräftigen, angefangen mit einer weiteren Unterschrift.